

Tunesien: Zwischen Demokratisierung und Jihadismus

Sonia Zayed
Goethe-Universität, Frankfurt

Offizieller Eigenname:	Tunesische Republik
Hauptstadt:	Tunis
Staatsform:	Parlamentarische Republik
Staatsoberhaupt:	Präsident Beji Caid Essebsi
Regierungschef:	Premierminister Habib Essid
Amtssprache:	Arabisch, Französisch
Sprachen der Bevölkerung:	Arabisch, Französisch, Berberisch
Religionen:	Die ethnische und religiöse Zusammensetzung sieht wie folgt aus: 98% Araber und arabisierte Berber, 1% bestehen aus Berbern, Maltesern, Italienern und Franzosen. 99% sind sunnitische 1% Juden, Katholiken und Protestanten. Insgesamt bekennen sich 0,2% der Einwohner zum Christentum
Fläche:	163,610 km ²
Bevölkerung:	10,89 Millionen (Zensus 2013)
Bevölkerungsdichte:	66 Einwohner pro km ²
Bevölkerungswachstum:	1,0% (jährlich, 2010-2015)
Durchschnittsalter:	27,8 Jahre
Bevölkerung unter 25 Jahren:	31 %

Tunesien hat bislang als einziges Land des Arabischen Frühlings einen demokratischen Weg eingeschlagen. Gleichzeitig hat der „Islamische Staat“ (IS) nirgendwo so großen Zulauf wie hier, kommt die größte Gruppe ausländischer Jihadisten des IS aus Tunesien.

Fast vier Jahren nach dem Sturz des autokratischen Herrschers Zine el-Abidine Ben Ali schaffte das kleine nordafrikanische Land mit freien Wahlen den letzten Schritt zur Demokratie. Der „Arabische Frühling“ begann mit der Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi am 17. Dezember 2010 nach einem Streit mit einer Polizistin in Sidi Bouzid. Dies war der Auftakt für landesweite Unruhen und Aufstände. Es waren vorwiegend schlechte Lebensbedingungen sowie die Arbeits- und Perspektivlosigkeit der Jugend, die die Menschen auf die Straße trieben, aber auch die Monopolisierung von Reichtümern durch die Präsidentenfamilie. Im Januar 2011 wurde der Präsident Zine el-Abidine Ben Ali zum Rücktritt gezwungen, woraufhin er fluchtartig das Land verließ.

Tunesien nach der Revolution

Als einziges Land der so genannten Arabellion gelang Tunesien ein nahezu gewaltfreier Weg in die Demokratie.

Zunächst etablierte sich kurz nach dem Unrechtsregime eine Übergangsregierung unter Beji Caid Essebsi: Deren Auftrag bestand darin, transparente Wahlen durchzuführen. Damit sollte sich ein Verfassungsorgan mit Hilfe des freien Votums, was sich durch den direkten Willen des Volkes äußert, konstituieren. Die erste freie Wahl, die am 23. Oktober 2011 stattfand, stellt eine Zäsur in der tunesischen Geschichte dar.¹ Die verfassungsgebende Nationalversammlung wurde beauftragt, eine Verfassung der zweiten Republik auszuarbeiten. Diese schwierige politische Umbruchsphase war von sozialen und wirtschaftlichen Problemen überschattet. Dazu zählen eine nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit von 15,2%² und stetig steigende Armut. Zusätzlich destabilisierten religiöse Extremisten das Land. Zwei Attentate erschütterten die Republik. Am 06. Februar 2013 wurde der linke Oppositionspolitiker Chokri Belaid ermordet, am 25. Juli 2013 Mohamed Brahmi. Diese Attentate gefährdeten die verfassungsgebende Versammlung und brachten Tunesien an den Rand

¹ Laut amtlichem Wahlergebnis erhielt die islamistische Ennahdha Partei 37,4% (89 Sitze), die linksliberale Partei Congrès pour la République (CPR) 8,71% (29 Sitze) und die sozialdemokratische Ettakatol (frz. Forum démocratique pour le travail et les libertés (FTDL)) 7,03% (20 Sitze). Eymen Gamba (2011): Final Results of Tunisian Elections Announced, <http://www.tunisia-live.net/2011/11/14/tunisian-election-final-results-tables/>, abgerufen am 02.02.2015.

² Die Jugendarbeitslosigkeit liegt aktuell bei 30%.

der politischen Anarchie. Proteste der Straße zwangen die rechtmäßig gewählte islamistische Ennahdha-Regierung unter der Leitung von Ali Laarayadh im März 2013 zur Übergabe der Regierungsverantwortung an die Technokratenregierung des Parteilosen Mehdi Jomaa. Dank der Vermittlerrolle des tunesischen Gewerkschaftsbundes³ konnten im Rahmen eines nationalen Dialogs die politische Krise abgewendet und sowohl die Ausarbeitung der Verfassung als auch die Vorbereitung der kommenden Wahlen vorangetrieben werden.

Welche Rolle spielt der Islam im „neuen“ Tunesien?

Während des Schreibens des neuen Verfassungstextes kam es zum Eklat. Der rechtmäßige Wahlsieger, die islamistische Ennahdha Partei, stellte die zukünftige Rolle des Islam im postrevolutionären Tunesien zur Disposition. Seit der Unabhängigkeit im Jahr 1956 hatten der autoritäre Republikgründer Bourgiba und sein Nachfolger Ben Ali ein säkulares Entwicklungsmodell verfolgt. Religiöse Symbole wurden aus der Öffentlichkeit verbannt und das religiöse Leben fand nur unter staatlicher Kontrolle statt. Der politische Islam wurde mit allen Mitteln bekämpft. Oppositionelle Parteien, wenn sie islamistisch oder linkspolitisch geprägt waren, mussten ihre Aktivitäten im Untergrund oder Exil fortsetzen. Das änderte sich schlagartig 2011 mit der Übergangsregierung von Essebsi: Alle oppositionellen Politiker, die unrechtmäßig in Gefängnissen saßen, erhielten eine Generalamnestie. Daraufhin konnten sie sich erneut politisch organisieren. Das betraf auch alle Salafisten und verurteilte Jihadisten.⁴

Es begann ein Kulturkampf zwischen religiösen und säkularen Akteuren, der die Medien, aber auch den tunesischen Alltag dominierte. Plötzlich sah man in den Strassen vollverschleierte Frauen, eine beträchtliche Anzahl von Moscheen geriet unter salafistische Kontrolle und Prediger riefen offen zum *jihad* auf. Universitätsdozenten wurden in ihrer Arbeit durch salafistische Studenten und Studentinnen behindert, die eine Geschlechtertrennung auf dem Campus fordern, und es kam zu gewalttätigen Übergriffen.⁵ Kunstausstellungen und Kinos wurden von Salafisten attackiert. Sportler, Künstler, Politiker und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wurden eingeschüchert und bedroht, wenn sie sich nicht an die strengen Regeln der Radikalen hielten. Die islamistische Regierungspartei Ennahdha ließ sich vereinnahmen, setzte dem nichts entgegen, und die salafistische Ideologie fand zunehmend Anhänger. Die Referenz auf ein mystisches, goldenes Zeitalter des Islam hatte genügend Anziehungskraft, um

eine nicht unerhebliche Gruppe von Menschen zum *jihad* zu motivieren.

Kompromiss im Streitthema Religion

Die Verfassung zeigt, dass Kompromisse beim Streitthema Religion gefunden wurden. An einigen Stellen ist sie sehr widersprüchlich wie die tunesische Gesellschaft selbst. Das liegt darin, dass Positionen der islamistischen Ennahdha und der zwei koalierenden säkularen Oppositionsparteien Ettakatol und Congrès pour la Republic (CPR) repräsentiert werden mussten, wenn die Koalition Bestand haben sollte. Insbesondere die gegensätzlichen Weltanschauungen von säkularen und islamistischen Kräften spiegeln sich im widersprüchlichen Verfassungstext wieder, der lange kontrovers diskutiert wurde. An den vorgelegten Entwürfen entzündeten sich hitzige Debatten vor allem in Hinblick auf die Stellung der Frau sowie die Festbeschreibung der Scharia als eine Quelle der Rechtsgrundlage. Kontrovers zeigt sich der Verfassungstext im Artikel 6. Der garantiert zwar die Glaubens- und Gewissensfreiheit, jedoch wird diese durch den „Schutz des Heiligen“ eingeschränkt.⁶ Fortan ist das Blasphemiegesetz in der aktuellen Verfassung als auch im Strafrecht verankert. Immerhin bekräftigte die verfassungsgebende Versammlung den Entwurf mit 200 zu 216 Stimmen. Damit wurde am 26. Januar 2014 die Verfassung der zweiten Republik in feierlicher Zeremonie vom amtierenden Staatspräsidenten Moncef Marzouki unterzeichnet und trat sofort in Kraft. Im Gegensatz zu anderen islamischen Ländern in der MENA-Region beruft sich Tunesien auf ein säkulares Rechtssystem. Somit können keine Gesetze verabschiedet werden, die ausschließlich auf dem islamischen Recht beruhen⁷. Ein Meilenstein ist auch, dass die Verfassung Religionsfreiheit sowie die Gleichberechtigung von Mann und Frau garantiert.

Unspektakuläre Wahlen

Der offizielle Beginn der Wahlen⁸ wurde am 04. Oktober 2014 von der Unabhängigen Nationalen Wahlkommission

⁶ Die englische Übersetzung lautet wie folgt: “The state is the guardian of religion. It guarantees freedom of conscience and belief, and the free exercise of religious practices and the neutrality of mosques and places of worship from all partisan instrumentalisation. The state undertakes to disseminate the values of moderation and tolerance and the protection of the sacred, and the prohibition of all violations thereof. It undertakes equally to prohibit and fight against calls for Takfir and the incitement of violence and hatred.“, <http://www.venice.coe.int/files/Constitution%20TUN%20-%202027012014.pdf>, abgerufen am 05.01.2015.

⁷ Zwar wurde das Personenstandsrecht reformiert, dennoch diskriminiert beispielsweise das Erbrecht die Frauen. Es orientiert sich an traditionellem islamischen Recht.

⁸ Im Mai 2014 wurde das aktuelle Wahlgesetz verabschiedet. Es sieht vor, dass die Parlamentswahlen nach dem Verhältniswahlrecht und die Präsidentschaftswahl nach dem Mehrheitswahlrecht (mit zwei Runden) durchgeführt werden müssen. Bereits in der Verfassung ist die Herstellung der Parität zwischen Männer und Frauen als Ziel für alle Wahlver-

³ Unter der französischen Bezeichnung „Union Générale Tunisienne du Travail“ (UGTT) bekannt.

⁴ Dazu zählt u.a. Abou Iyadh. Der Führer der Anasar al-Scharia wird im Laufe des Textes erläutert.

⁵ Vgl. Schröter/Zayed (2012): Tunesien – Vom Staatsfeminismus zum revolutionären Islamismus, S.32f.

eingeleitet. Anschließend erlebte das Land einen regelrechten Wahlmarathon: Parlamentswahlen fanden am 26. Oktober 2014 statt. Danach folgte die erste Runde der Präsidentschaftswahlen am 23. November 2014. Obwohl insgesamt 27 KandidatInnen zur Auswahl standen, hatten nur zwei Kandidaten eine reelle Gewinnchance: der Amtsinhaber und Menschenrechtler Moncef Marzouki und sein Kontrahent und Politikveteran Beji Caid Essebsi. Nach der ersten Runde hatte keiner von ihnen die absolute Mehrheit erreicht. So musste aus wahltechnischen Gründen ein weiteres Votum laut ISIE durchgeführt werden. Bei der Stichwahl am 21. Dezember 2014 gewann Beji Caid Essebsi mit 55,6% aller Stimmen. Der Amtsinhaber Moncef Marzouki erhielt nur 44,3%. Eine beachtliche Leistung hatte er trotz seiner Unpopularität bei der Mehrheit in der letzten Runde gezeigt. Für seine politischen Gegner mangelt es ihm an Charisma, und auch seine Nähe zu islamistischen Gruppierungen war vielen ein Dorn im Auge. Seine Partei CPR erhielt 2011 insgesamt in den letzten Parlamentswahlen 29 Sitze und reduzierte sich auf aktuell vier Sitze. Dagegen erfreute sich Essebsi großer Popularität insbesondere unter den Bourgibisten. Als 88-jähriger Politiker hatte er selbst unter dem tunesischen Staatsgründer Habib Bourgiba verschiedene Ministerposten u.a. den des Außen- und Innenministers inne und positionierte sich mit „Eiserner Hand“ gegen Islamisten.

Bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen gaben die Tunesier ihre Stimme dem Kandidaten bzw. der Partei, von der sie glaubten, sie setze ihre politischen Interessen wirksam um. Zwei aussichtsreiche Parteien traten an. Eine von ihnen war die islamistische Ennahdha, die bereits in den Wahlen 2011 als stärkste Partei hervorging. Obwohl sich ihr Parteivorsitzender Rached Ghannouchi öffentlich zur Demokratie und Gleichberechtigung bekannte, gibt es eine beachtliche Anzahl von Stimmen in der Partei, die sich für die Scharia als Quelle für die Verfassung aussprechen. Herausforderin war die Bourgibistenpartei Nidaa Tounes. Sie gilt als „Sammelbecken“ für Anhänger des alten Ben Ali-Regimes und hat ehemalige Mitglieder der verbotenen Einheitspartei „Rassemblement constitutionnel démocratique“ aufgenommen.⁹ Linke und Liberale gehörten ebenfalls zu diesem Bündnis. Der erste Parteikongress am 15. Juni 2014 war überschattet von internen Streitereien wegen der Nachfolge des Parteivorsitzenden, weil das Gründungsmitglied Caid Beji Essebsi selbst die Präsidentschaftskandidatur anstrebte. Der Wunsch des Vaters, seinen Sohn Hafadh Caid Essebsi zu nominieren, scheiterte letztendlich und der Parteivorsitz ging an Mohammed

Ennaceur.¹⁰ Das amtliche Wahlergebnis der Parlamentswahlen 2014 in Tunesien sah wie folgt aus: Nidaa Tounes mit 38,2%, dicht gefolgt von der Ennahdha Partei mit 31,3%. Als drittstärkste Fraktion folgte das liberale Bündnis „Union Patriotique Libre“ (UPL) mit 7,8% und anschließend die liberale Partei Afek Tounes mit insgesamt 4,1% der Stimmen.

Bedrohung des Staats durch salafistische Extremisten

Die sicherheitspolitische Bedrohung von Seiten salafistisch-jihadistischer Gruppen und Einzelpersonen hat ein staatsgefährdendes Ausmaß angenommen. Vor allem die Grenzregionen zu Algerien und Libyen sind für den schwachen Staat eine Kraftprobe. Der Berg Chaambi in der Nähe der tunesischen Stadt Kasserine im Grenzgebiet zu Algerien war immer wieder Schauplatz von Kämpfen zwischen Ordnungskräften und Islamisten, die bislang 80 Tote und 110 Verletzte forderten. Vor allem im Fastenmonat Ramadan kam es vermehrt zu Auseinandersetzungen. So griffen salafistische Extremisten am 16. Juli 2014 kurz vor dem Fastenbrechen einen Armeestützpunkt an. Dabei starben 15 Soldaten, 20 wurden verletzt. Im Gegensatz dazu starb nur ein Angreifer. Einen solchen militärischen Angriff auf tunesischem Boden hatte es seit der Unabhängigkeit nicht in dieser Form gegeben.¹¹ Ein Jahr zuvor hatte sich ein ähnliches Szenario abgespielt. Um den 17. Tag des Ramadan versuchten Jihadisten die historische Schlacht von Badr „nachzuspielen“. Sie selbst sahen sich in der Rolle von Allah unterstützten Gläubigen, die den islamischen Staat mit Waffengewalt durchsetzen wollten. Die tunesische Armee stellte sich in ihren Augen als Armee der „Ungläubigen“ dar. Die Gruppe bezeichnet sich als „Okba ibn Nafaa“ und bildet eine Einheit der maghrebischen Al-Qaida.

Alaya Allani¹² verdeutlicht in seiner Arbeit zwei Stränge der salafistischen Bewegung in Tunesien. Einer von ihnen sei reformistisch orientiert, der andere jihadistisch ausgerichtet.¹³ Beispielsweise führt er die Anhänger der Scharia (Ansar al-Shari'a) unter der Führung von Abou Iyadh und die zentrale Organisation zur Reformierung und zum Gewahrsam der Religion (Al Jamaa al wassatia Li Tawiaa wal Islah) unter der Leitung von El Adel Almi an. Ansar al-Shari'a operiert als transnationales Netzwerk in sechs

sammlungen vorgesehen. Damit nimmt Tunesien für die arabisch-islamische Welt eine Vorreiterrolle ein und fördert die Partizipation von Frauen am öffentlichen Leben.

⁹ Das Kürzel lautet RCD. Sie ist 1920 aus der Destour-Partei hervorgegangen. Die Namenänderung erhielt sie am 27. Februar 1988 durch den Parteivorsitzende Zine El Abidine Ben Ali. Sie wurde aufgrund ihres autoritären, demokratiefeindlichen Charakters im Zuge der Revolution am 17. Januar 2011 verboten.

¹⁰ Hajer Ajroudi (2014): Congrès constitutif de Nidâa Tounes-Est-ce que la fin des turbulences?, <http://www.realites.com.tn/2014/05/26/congres-constitutif-de-nidaa-tounes/>, abgerufen am 03.02.2015.

¹¹ Die französische Le Figaro betitelt diesen Vorfall vom 17.07.2014 mit „En Tunisie, l'armée victime de la plus grave attaque depuis 1956“, http://www.lemonde.fr/tunisie/article/2014/07/17/tunisie-deux-soldats-tues-dans-une-attaque-terroriste_4458450_1466522.html, abgerufen am 07.01.2015.

¹² Er ist Professor für zeitgenössische Geschichte in Manouba und beschäftigt sich mit dem Islamismus im Maghreb.

¹³ Alaya Allani (2012): Islamism and Salafism in Tunisia after the Arab Spring: <http://www.righttononviolence.org/mecf/wp-content/uploads/2012/10/allani-presentation-en.pdf>, abgerufen am 10.01.2015.

weiteren arabischen Ländern und steht der Al-Qaida ideologisch sehr nahe.

Die wichtigsten Hauptfiguren in der salafistischen Szene sind:

Khatib al Idrissi: Er sieht sich als spiritueller Führer für den jihadistischen Salafismus und predigt in verschiedenen tunesischen Moscheen. Ziel seines Wirkens ist es, die Scharia nicht nur in Tunesien, sondern in der gesamten „Umma“ einzuführen. Ursprünglich stammt er aus Sidi Bouzid. Geboren ist er laut seinem Facebookprofil 1954. Scheikh Idrissi hat einige Jahre in Saudi-Arabien gelebt, wo er seine ideologisch wahabitische Ausrichtung erhalten hat. 2007 kam er unter Ben Ali in Haft. Zwei Jahre später wurde er aus der Haft entlassen. Im Zuge der postrevolutionären Phase fing er seine *dawah*-Mission an. Die Zusammenarbeit mit Ansar al-Shari'a scheiterte aus strategischen Gründen.

Seifallah Ben Hassine alias Abou Iyadh: Er leitet die islamistische Bewegung Ansar al-Shari'a. Sein Geburtsjahr ist 1966. Er hat in Großbritannien und in Afghanistan gelebt. Dort hat er sich zum *jihad* rekrutieren lassen. Bereits 2003 erhielt er unter Ben Ali eine Freiheitsstrafe von 43 Jahren. 2011 gründet er die Ansar as-Shari'a, um selbst die Scharia als Regelwerk einzuführen. Er sympathisiert mit IS und Al-Qaida und hat den Angriff auf die amerikanische Botschaft in Tunis und die Besetzung der geisteswissenschaftlichen Fakultät in Manouba veranlasst.

Bechir Ben Hassan: Er ist der Vizevorsitzende der salafistischen Bewegung der nationalen Liga. Er unterweist die Rechtsgelehrten und Imame der Zitouna Universität in Tunis mit fatwas um seinen „rechten“ Islam zu missionieren, u.a. erklärte er das Feiern von Sylvester zur „Häresie“¹⁴.

Adel el Almi: Ein Ex-Mitglied der ehemaligen Einheitspartei Ben Alis „Rassemblement constitutionnelle démocratique“, der sich zum frommen selbsternannten Sheikh wandelte und versucht Tunesien „zu retten“. Dafür nutzt er seinen Verein „L'Association modérée pour la sensibilisation et la réforme“. Er ist für seine frauenfeindlichen Aussagen bekannt und vertritt z.B. die Ansicht, dass unverschleierte Frauen in die Hölle kommen. Er ist Befürworter der Polygamie, die seiner Ansicht nach in Tunesien wieder eingeführt werden muss.

Massive Jihad-Rekrutierung

Am 17. Dezember 2014 bekannten sich mittels Videobotschaft drei IS-Kämpfer mit ihrem Anführer Abubaker Châambi Hakim aus Syrien zu den zwei politisch motivierten Morden an den linken Oppositionspolitikern Belaid und Brahmi. Darüber hinaus kündigten die Jihadkämpfer an, dass sie ihre Operationen in Tunesien ausweiten werden. Ihre Botschaft: Sie werden aus Irak und Syrien zurückkehren und zuerst ihre von tunesischen Sicherheitsleuten ermordeten „Brüder“ rächen.¹⁵

Tunesien ist Exportland für den *jihad*. Nach Meinung von Faiysal Cherif¹⁶ lässt sich das Phänomen des *jihad* auf religiöse Identitätssuche zurückführen. Junge Tunesier werden rekrutiert, weil sie aus der Solidarität für ihre muslimischen Brüder und Schwestern in den *jihad* ziehen wollen, um gegen das Unrechtsregime des syrischen Staatspräsidenten Bashar al-Assad zu kämpfen. Interessant ist auch, dass selbst behinderte Tunesier rekrutiert werden. Cherif stellt fest, dass körperlich-behinderte Menschen für den „jihad informatique“ nützlich sein können, wenn sie in der Medienabteilung des IS arbeiten. Aus diesem Grund wirbt IS u.a. Informatiker an.

Auch die allgemeine Politikverdrossenheit spielt eine große Rolle. Gerade in den armen vernachlässigten Gebieten im Süden und Nordwesten hat sich nichts zum Positiven hin gewendet. Im Gegenteil, in mancher Hinsicht hat sich die sozio-ökonomische Situation sogar noch verschlechtert. Es ist die Resignation und die Ernüchterung, die nicht nur unausgebildete, sondern auch qualifizierte Menschen in die Fänge islamistischer Netzwerke treibt. Nach einer Verhaftungswelle des Innenministeriums sollen bislang 83 Schlepper in Haft sein, die der Rekrutierung für den *jihad* in Syrien beschuldigt werden. Die Schlepper übernehmen die kompletten Reisekosten, die Kämpfer erhalten Verpflegung und Unterkunft gratis sowie ein Söldnergehalt. Ein Anreiz scheint auch das Moment der Ehre zu sein, denn der Tod als Märtyrer wird als ehrender und bedeutender empfunden als ein normales Leben. Das Söldnergehalt kann zur materiellen Unterstützung der Familie dienen, was ebenfalls ein Motiv, in den *jihad* zu ziehen, sein kann.

Der sexuelle Jihad?!

Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung hat der weiblich-motivierte *jihad*: Junge tunesische Frauen reisen in den Bürgerkrieg nach Syrien, um Jihadkämpfern sexuelle Dienste zu leisten. Unter dem Namen „Heiratsjihad“ (*jihad al-nikah*) werden tunesische Mädchen und junge Frauen nach Informationen des ehemaligen Innenminister Lotfi

¹⁴ Farida Dahmani (2013): La fatwa de Béchir Ben Hassine a fait en flop en Tunisie, <http://www.jeuneafrique.com/Article/JA2713p017.xml/0/>, abgerufen am 10.01.2015.

¹⁵ Yasmine Najjar (2014): Daesh claims Belaid, Brahmi murders, http://magharebia.com/en_GB/articles/awi/features/2014/12/29/feature-01, abgerufen am 30.12.2014.

¹⁶ Der Terrorismusexperte forscht an der Universität in Manouba.

Ben Jeddou¹⁷ unter vorgetäuschten Tatsachen zur Prostitution gezwungen. Dabei ist es interessant, dass es vollverschleierte „fromme“ Frauen sind, die den *jihad* durch sexuelle Dienste unterstützen. Jeddou bestätigt die Anzahl von 10 Frauen und darunter eine Minderjährige. Um nicht in einen religiösen Widerspruch zu geraten, denn im Islam ist außerehelicher Geschlechtsverkehr verboten, gehen diese jungen Frauen mit Rebellen eine nach schiitischer Art bekannten Zeitehe ein. Der saudi-arabische Prediger Mohammed al-Arifi hat angeblich junge Frauen ab vierzehn Jahren dazu aufgerufen, ihren Körper für den *jihad* einzusetzen.¹⁸ Der Lohn für diese sexuellen Dienste sei ein Platz im Paradies. In den sozialen Netzwerken wurden diese Äußerungen auf das Schärfste kritisiert und Anhänger von Al-Arifi dementierten dessen *fatwa* umgehend. Der Sprecher des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten Nouredine Khadami bestätigte die Zahlen des Innenministeriums und erklärte die *fatwa* für ungültig sowie die Praxis des sexuellen *jihad* als unvereinbar mit dem Islam, den man in Tunesien praktiziere.¹⁹ Der Ehrverlust für die jungen Frauen ist gravierend, denn es ist immer noch wichtig als Jungfrau in die Ehe zu gehen. Eine ungewollte Schwangerschaft heißt für eine Frau sozialer Abstieg. Das Frauenministerium weigerte sich konkrete Zahlen zu diesem Phänomen zu liefern und die spekulativen Dunkelziffer liegt bei einigen Hunderten. Trotz des sexuellen Tabus ermöglicht dieser Trend den *niqab*-Trägerinnen, den *jihad* damit propagandistisch zu unterstützen.

Der *jihad al-nikah* ist eine Form der Ausbeutung und der Prostitution. Die Frage lässt sich meines Erachtens schwer beantworten, ob die jungen Frauen aus „freien Stücken“ gehandelt haben. Es gibt keine operierende islamistisch-tunesische Organisation, die Frauen anwirbt. Meistens findet der Kontakt im Internet mit Predigern statt, die für den *jihad al-nikah* werben. An Universitäten werden ebenfalls gezielt Studentinnen angeworben. Sie reisen von der Türkei oder Libyen mit oder ohne Begleitung von männlichen Jihadisten aus.

Fazit

Tunesien hat mit seiner Verfassung einen wichtigen Schritt Richtung Demokratie vollzogen. Die Verfassung regelt die politische Ordnung²⁰ und stellt eine Kompromisslösung

verschiedener Kräfte dar. Die Realpolitik wird zeigen, inwiefern die Diktatur des ehemaligen Präsidenten Ben Ali verarbeitet wird und die anstehenden Reformen u.a. in Sicherheit und Justiz angegangen werden. Die drohende Gefahr durch gewaltbereite Islamisten an den Grenzregionen und im Landesinneren muss ernst genommen werden. Die gewaltbereiten Salafisten haben in Tunesien zwei Etappen durchschritten. Die ersten waren mit dem Angriff auf die amerikanische Botschaft am 14. September 2012; die zweite bestand darin, fast jeden Monat einen Angriff auf oppositionelle Politiker, auf Kulturschaffende und auf Frauen durchzuführen. Diese Attacken blieben größtenteils ungestraft. Der Staat ist nicht in der Lage die Salafisten unter Kontrolle zu halten. Landesweit werden Koranschulen und Korankindergärten geöffnet. Auch das Einschüchtern von „Andersgläubigen“ sowie die Praxis, anderen den Glauben abzuspochen (*takfir*), muss vom Religionsministerium thematisiert werden. Zivilgesellschaftliche und politische Organisationen müssen sich verstärkt mit dem Thema Jihadismus auseinandersetzen.

Erstellt im März 2015

¹⁷ Zwar hätte man 4000 Tunesier und Tunesierinnen von der Ausreise abgehalten, jedoch sprechen die UN von 3000 Jihadisten in Syrien, die aus Tunesien stammen. (Stand 2012) Vorerst kämpften sie für die sunnitische Terrormiliz Al-Nusra, nach der Gründung von Daesh schlossen sie sich dieser islamistischen Gruppierung an.

¹⁸ Das youtube-Video „Jihad Declared in Syria – Sheikh Muhammed Al Arfi“ <https://www.youtube.com/watch?v=mx0u-JayUeE>, abgerufen am 10.01.2015.

¹⁹ Yusra N.M'hiri (2013): „Nouredine Khadami: Le jihad du nikah est étranger aux moeurs tunisiennes“, <http://www.kapitalis.com/societe/15221-nouredine-khadmi-le-jihad-du-nikah-est-etranger-aux-moeurs-tunisiennes.html>, abgerufen am 27.12.2014.

²⁰ Diese sah ein präsidentielles sowie ein parlamentarisches System vor.